

## Luxemburg

DANIELLE BOSSAERT

Im Unterschied zu vielen anderen EU-Mitgliedstaaten boten europapolitische Themen in Luxemburg in den Jahren 2001/2002 keinen Nährboden für parteipolitische Auseinandersetzungen oder gar Kontroversen. Die zusehends näher rückende Erweiterung der Union um voraussichtlich zehn neue Staaten im Jahre 2004 wurde von allen politischen Kräften als notwendiger friedenspolitischer Stabilisierungsprozess des europäischen Kontinents betrachtet. Dabei begrüßte die Regierung die von der Europäischen Kommission erarbeiteten finanziellen Reformvorschläge, sofern diese den in der Agenda 2000 für den Zeitraum 2004-2006 eingegangenen finanziellen Rahmen nicht überschreiten.<sup>1</sup> Wie eine Eurobarometer-Umfrage zeigt, sieht die luxemburgische Bevölkerung den Hauptbeitrag der Erweiterung jedoch nicht primär in der Friedenssicherung (65,1%), sondern darin, dass der Beitritt diesen Staaten helfen wird, das wirtschaftliche Niveau der jetzigen EU zu erreichen (79,8%) und dass die Erweiterung die Union politisch stärken wird (77,2%).<sup>2</sup> Das Thema der Erweiterung ist im kleinsten Mitgliedstaat sehr wenig emotionsgeladen, was schon daraus hervorgeht, dass sich die luxemburgische Bevölkerung von dem Beitritt einer hohen Anzahl neuer Mitgliedstaaten mehrheitlich kaum persönlich betroffen fühlt.<sup>3</sup> Nicht ganz so distanziert wird das Thema auf Seiten der Regierung betrachtet, deren Politik in diesem Bereich vor allem darauf abzielt, die Visibilität des kleinsten Mitgliedstaats in diesen ebenfalls mehrheitlich kleinen Staaten durch die Ausdehnung seines diplomatischen Corps zu stärken. Von einem verstärkten Engagement in Mittel- und Osteuropa zeugt auch die weitere massive finanzielle Förderung von Reformprogrammen zum Ausbau der administrativen und institutionellen Kapazitäten durch das Außenministerium.<sup>4</sup>

Die Einführung des Euro am 1. Januar 2002 und das Ende der Währungsunion mit Belgien wurde von sämtlichen politischen Akteuren als Stärkung der monetären Souveränität des Großherzogtums bewertet, während die neue Währung bei der Bevölkerung einen großen Anklang fand. In diesem Sinne beurteilten 91,8% der Befragten in einer Eurobarometer-Umfrage die erfolgreiche Einführung des Euro als wirksamste Aktion der EU überhaupt und dies weit vor der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (57,3%), der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Drogenhandels (64,7%) und sogar noch vor ihrem Einsatz als Garant für Frieden und Sicherheit (82,6%).<sup>5</sup>

Zum ersten Mal seit Beginn des europäischen Integrationsprozesses führte die Regierung im Jahre 2001 in Zusammenarbeit mit dem nationalen Parlament eine groß angelegte Informations- und Sensibilisierungsaktion zum Thema „Zukunft

## DIE EUROPAPOLITIK IN DEN MITGLIEDSTAATEN DER EU

Europa“ durch. Diese Aktion umfasste Diskussionsabende in mehreren Städten, den Start einer Internetseite sowie eine Meinungsumfrage, deren Ziel darin bestand, den Dialog mit dem Bürger zu stärken und deren Verhalten zu Europa herauszukristallisieren. Interessant sind insbesondere die folgenden Resultate der Meinungsumfrage.<sup>6</sup> Die luxemburgische Bevölkerung würdigte vor allem den Beitrag der EU im Bereich des kulturellen Austausches (77,64%), die Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu der restlichen Welt (77,27%) sowie die Stärkung der politischen Bedeutung Europas in den internationalen Beziehungen (74,53%), während sie deren Verdienste im Bereich der Schaffung von Arbeitsplätzen (39,34%), der Verbesserung der Lebensmittelsicherheit (39,82%) wie auch des Umweltschutzes (41,76%) weit skeptischer gegenüberstand. Bei der Frage nach der Kompetenzenverteilung zwischen der nationalen und der europäischen Ebene ist, festzustellen, dass ein recht hoher Prozentsatz die Meinung vertrat, dass die Sozial-(63,87%), Steuer-(63,14%) und Landwirtschaftspolitik (54,67%) dem nationalen Zuständigkeitsbereich zugeordnet werden sollten, während vor allem die Energie-(73,09%), Forschungs- (72,62%) und Wettbewerbspolitik (70,23%) auf europäischer Ebene geregelt werden sollten. Überraschend ist, dass immerhin noch ein recht hoher Prozentsatz befand, dass die Außenpolitik (41,73%) wie auch die Asyl- und Immigrationspolitik (45,34%) besser von der nationalen Politik geregelt werden sollten.

### *Europapolitische Prioritäten*

Dadurch, dass die Europapolitik auf der innenpolitischen Bühne Luxemburgs so gut wie keine Interessensgegensätze hervorruft und die Zahl der vitalen nationalen Interessen<sup>7</sup> im Vergleich zu den großen Mitgliedstaaten schwindend klein ist, sehen die führenden Politiker Luxemburgs ihre europapolitische Rolle immer wieder darin, das Gemeinschaftsinteresse zu verteidigen und voranzubringen. Diese Gedanken sind auch niedergelegt in drei Beneluxmemoranden,<sup>8</sup> deren Ziel auch darin besteht, den Vorstellungen der drei kleineren Mitgliedstaaten innerhalb der EU besser Gehör zu verschaffen. Im Mittelpunkt stand hauptsächlich der engagierte Einsatz für weitere Integrationsschritte in der 2. und 3. Säule sowie das Eintreten für einen Ausbau der Gemeinschaftsinstitutionen und besonders der Rolle der Kommission.<sup>9</sup> In einer grundlegenden Rede über seine Vorstellungen zu Europa<sup>10</sup> forderte Premier Jean-Claude Juncker in diesem Kontext zum Beispiel das Initiativrecht der Kommission auf gar keinen Fall auszuhöhlen, sondern dort zu stärken, wo es im Moment geschwächt ist. Darüber hinaus setzte er sich dafür ein, die Legitimation der Kommission zu erhöhen und schlug vor, die Kommissare in freien und geheimen Wahlen direkt vom Volk wählen zu lassen. Weitere, sehr integrationsfreundliche Gedanken vertrat der Premier mit Bezug auf die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. In diesem Bereich erwartet er Fortschritte durch eine Integration des hohen Repräsentanten im Bereich der Außenpolitik – der momentan als Generalsekretär beim Rat positioniert ist – in die Kommission. Als effiziente und fast schon revolutionäre Maßnahme für eine kohärentere EU-Außenpolitik schlägt er zudem vor, die Außenvertretung der Mitgliedstaaten in den inter-

nationalen Institutionen wie dem Sicherheitsrat der UNO oder dem IWF einheitlicher zu gestalten. Als Beispiel sei hier nur der Gedanke erwähnt, dass die jeweilige Präsidentschaft, nach Meinung des Premiers, den Sitz für die Union im Sicherheitsrat der UNO innehaben könnte.

Hinter diesem europapolitischen Engagement Luxemburgs stand in den letzten Jahren auch immer die Sorge eines Bedeutungsverlusts des Gemeinschaftsgedankens und die Angst, dass politische Entscheidungen von den großen Mitgliedstaaten ohne vorherige Konsultation der kleineren Mitglieder zunehmend außerhalb des institutionellen Gefüges der EU gefällt werden. In diesem Kontext warnte Premier Jean-Claude Juncker bei einer Visite beim deutschen Bundeskanzler davor, sich erneut auf eine Diskussion einzulassen, die den kleineren Ländern ein Zurückstecken zugunsten von mehr Einfluss für die großen EU Staaten abverlangen würde.<sup>11</sup>

#### *Luxemburg und die vom EU-Konvent diskutierten Reformvorschläge*

Bereits im Vorfeld des europäischen Gipfels von Laeken im Dezember 2001 hatte sich das luxemburgische Parlament in einer breiten Orientierungsdebatte<sup>12</sup> mit der Zukunft der Union und mit der Agenda des seit dem 1. März dieses Jahres tagenden EU Konvents befasst. Die neue Prozedur zur Vorbereitung der nächsten intergouvernementalen Konferenz von 2004 wurde allgemein begrüßt. Nicht zuletzt, um seinen Forderungen ein größeres Gewicht zu verleihen, sprach sich Luxemburg mit den Niederlanden und Belgien in einem gemeinsamen Memorandum über die Zukunft Europas dafür aus, dem EU-Konvent eine möglichst ambitionöse Tagesordnung vorzulegen und neben Fragen institutioneller Natur ebenfalls grundlegende inhaltliche Themen zu diskutieren.

Im Mittelpunkt der Parlamentsdiskussion vom Dezember 2001 zum gleichen Thema standen hauptsächlich die Frage nach der zukünftigen Rolle der nationalen Parlamente in der Europapolitik, die Frage nach der Verteilung und Abgrenzung der Kompetenzen zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten, sowie die Frage nach der Einführung einer europäischen Verfassung und einer bürgernäheren Union.

Auf harsche Kritik bei den meisten Parteien stieß die als ungenügend empfundene Rolle der nationalen Parlamente im EU-Entscheidungsprozess. Dabei gingen die Vorschläge jedoch nicht in Richtung einer neu zu gründenden Institution oder Kammer der nationalen Parlamente auf europäischer Ebene noch in Richtung einer Stärkung von COSAC, sondern die Lösung wurde in einer stärkeren Einbeziehung der *chambre des députés* in die Regierungsarbeit, bereits in einer frühen Phase des Entscheidungsprozesses, gesehen. Im Unterschied zu vielen anderen Parlamenten in den EU-Mitgliedstaaten hat das luxemburgische Parlament im Moment so gut wie keine aktiven Einflussmöglichkeiten im Bereich der Europapolitik.<sup>13</sup> So ergab die von der Regierung und dem Parlament durchgeführte Umfrage zum Verhalten der luxemburgischen Bevölkerung zu Europa, dass sich eine große Mehrheit (79,55%) eine entschiedeneren Einbeziehung der *chambre des députés*, wie auch der anderen nationalen Parlamente in den EU-Entscheidungsprozess wünscht.

Ein weiteres wichtiges Thema ist eine klarere Festschreibung der Kompetenzen zwischen der nationalen und der europäischen Ebene, welche unter Umständen eine Renationalisierung mancher EU-Politiken nach sich ziehen könnte. Obwohl die großen Mehrheitsparteien dieser Reform prinzipiell zustimmen, stehen sie der Einführung einer feststehenden Liste mit einer Aufzählung der jeweiligen Zuständigkeiten in den Vertrag recht skeptisch gegenüber, vor allem, weil ein solch definitiver Katalog die interne Dynamik des Integrationsprozesses gefährden könnte. Diese Sorge fand auch ihren Ausdruck im Beneluxmemorandum, in welchem eine solche Maßnahme nur befürwortet wird, sofern die Kernbereiche des Integrationsprozesses in keiner Weise in Frage gestellt und die Weiterentwicklung der EU auf der Basis von Art. 308 nicht behindert werden würde. Nur das einer weiteren Integration manchmal skeptisch gegenüberstehende ADR („Aktionskomitee für Demokratie a Rentegerechtigkeit“) sprach sich in der Orientierungsdebatte für eine definitive Festschreibung der jeweiligen Zuständigkeiten aus.<sup>14</sup>

Auf grundlegende Zustimmung stieß auch die Frage nach einer Integration der Grundrechtscharta mit einklagbaren Rechten in den EU-Vertrag und die Frage nach einer Konstitutionalisierung des europäischen Projektes. Hierbei kann sich die Regierung auch auf eine breite Mehrheit der luxemburgischen Bevölkerung stützen. Während 91,90% der Antwortgeber sich vorstellen könnten, die Grundrechtscharta in den Vertrag zu integrieren, ruft der Gedanke einer europäischen Verfassung immerhin bei 56,48% positive Reaktionen hervor.<sup>15</sup>

### Anmerkungen

1. Déclaration de politique étrangère 2002 de la Ministre des Affaires étrangères, S. 9, unter: [www.gouvernement.lu/gouv/fr/act/0203/07/polfer/07polfer.html](http://www.gouvernement.lu/gouv/fr/act/0203/07/polfer/07polfer.html).
2. Eurobaromètre 56.3 (2002), „L'information, l'élargissement et les perspectives socio-politiques de l'Union européenne“, S. 34.
3. Eurobaromètre, a.a.O., S. 32.
4. Déclaration de politique étrangère, a.a.O., S. 10.
5. Ebd. S. 44.
6. Der Fragebogen „Pour l'Europe, j'ai mon mot à dire“, welcher ca. 20 Fragen umfasste, wurde an 89.654 Haushalte verschickt, von denen 9.037 Haushalte den ausgefüllten Fragebogen zurückschickten.
7. Zu den für Luxemburg sensibelsten Themen zählen vor allem der Richtinienentwurf über eine EU-weite Kapitalertragssteuer und die Einführung des Informationsaustausches unter bestimmten Bedingungen wie auch die Infragestellung des Prinzips der gleichberechtigten Vertretung in den EU-Institutionen und die Sitzfrage der europäischen Institutionen.
8. Memorandum du Benelux sur l'avenir de l'Europe, Juni 2001; Memorandum Benelux en matière de justice et affaires intérieures en vue du sommet de Laeken, März 2001; Memorandum du Benelux sur la réforme du conseil des ministres, du Conseil européen et de la présidence, Juni 2002.
9. Vgl. „Juncker für starke Kommission“, Interview mit Jean-Claude Juncker, in: Luxemburger Wort vom 13.03.2002.
10. „Mes convictions pour l'Europe“, Rede von Jean-Claude Juncker vom 15. Mai 2001.
11. Arbeitsbesuch von Jean-Claude Juncker in Berlin, „Kein Zurückstecken der kleinen Länder“, in: Luxemburger Wort vom 27.02. 2002. [www.wort.lu/articles](http://www.wort.lu/articles).
12. Chambre des députés: Débat d'orientation sur l'avenir de l'Europe, 18e séance, 13.12.2001, S. 584-613.
13. Bossaert, Danielle: The Luxembourg Chamber of Deputies: From a toothless tiger to a critical watchdog? in: Maurer, Andreas/Wessels, Wolfgang (eds.): National parliaments on their ways to Europe: Losers or latecomers?, Baden-Baden 2001, S. 301-313.
14. Chambre des députés, a.a.O., S. 597.
15. Vergleiche die Fragen Q14 und Q17 der „Umfrage Pour l'Europe, j'ai mon mot à dire.“